



**Agnes Alpers**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Agnes Alpers, MdB • Doventorstraße 2 • 28195 Bremen

## Pressemitteilung per E-Mail

**Wahlkreisbüro Bremen**  
Doventorstraße 2  
28195 Bremen

Kontakt:  
Florian Grams

Telefon 0421- 24 27 605  
0421 - 16 53 974 (Büro)  
Fax 0421 - 1783980  
E-Mail: agnes.alpers@wk2.bundestag.de

Bremen, 16.06.2011

### **Inklusion im Bund und in Bremen – Anspruch und Wirklichkeit**

Seit die Bundesregierung im Jahr 2009 die Behindertenrechtskonvention der UNO ratifiziert hat, ist sie auch in Deutschland geltendes Recht. Nun hat die Bundesregierung einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung dieser Konvention vorgelegt. Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Konvention erklärt die Regierung endlich, wie sie die internationalen Vereinbarungen umzusetzen gedenkt. Glaubt man Frau von der Leyen, dann weist der vorliegende Aktionsplan den „Weg in eine Gesellschaft, an der alle teilhaben, ob mit Behinderung oder ohne.“ Doch bei genauem Hinsehen gewinnt man einen ganz anderen Eindruck. Bereits in der Einleitung zum Aktionsplan wird die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in den engen Rahmen des bestehenden Finanzplans bis 2015 gepresst. Hierzu die Bremer Bundestagsabgeordnete der Linken, Agnes Alpers: „Geht es nach Frau von der Leyen, soll die Inklusion zum Nulltarif umgesetzt werden. Wieder einmal nur schöne Null-Sätze der Ministerin. Der Aktionsplan legt den Mittelvorbekalt zugrunde, was übersetzt einfach heißt, dass keine zusätzlichen Mittel bereit gestellt, Inklusion nicht im Haushalt als fester Posten ausgewiesen wird. Mit Inklusion, dem Recht auf Selbstbestimmung und gleichberechtigter Teilhabe hat dieser Aktionsplan nun wirklich nichts zu tun.“

Entsprechend dieser finanziellen Vorgabe bleibt der Aktionsplan durchgängig auf der Ebene wohlfeiler Absichtserklärungen und warmer Worte für bestehende Initiativen. Einzig auf dem Gebiet der Einbindung von Menschen mit Behinderungen in die Arbeitswelt verspricht die Regierung, ein 100 Millionen Euro schweres Programm aufzulegen. Die Mittel hierfür sollen aus dem Ausgleichsfonds zur besonderen Förderung der Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen herangezogen werden. Auch hier bietet die Initiative nichts Neues, denn der Fonds – bestehend aus den Ausgleichsabgaben von Arbeitgebern, die ihrer Beschäftigungspflicht für Menschen mit Behinderungen nicht nachkommen – dient bereits diesem Zweck. Angesichts einer Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Behinderungen, die etwa doppelt so hoch ist wie bei Menschen ohne Behinderungen und die nach wie vor steigt, wäre hier jedoch echte Aktivität am Platz. Hierzu Agnes Alpers: „Stattdessen bekommen Menschen mit Behinderungen über 25 Jahren im Hartz-IV-Bezug, die bei ihren Eltern oder in Wohngemeinschaften leben, 73 Euro weniger Regelleistungen. Auf diese Weise ist das Menschenrecht auf gesellschaftliche Teilhabe nicht zu verwirklichen. Dies zeigt den wahren Umgang der Regierung mit Menschen mit Behinderungen.“



## Agnes Alpers

Mitglied des Deutschen Bundestages

Für das Land Bremen ist festzustellen, dass die öffentlichen Arbeitgeber ihrer gesetzlichen Beschäftigungspflicht nachkommen. Im Jahresdurchschnitt haben rund 6% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine Behinderung. Bei den privaten Arbeitgebern waren 2006 jedoch lediglich 3,56% der Beschäftigten Menschen mit Behinderungen. In der Folge ist auch hier die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen deutlich höher als sie es bei Menschen ohne Behinderung ist. Daran wird deutlich, dass es nach wie vor Vorbehalte gegen die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen gibt. Agnes Alpers kommentiert: „Das für die 17. Bremer Wahlperiode in der Koalitionsvereinbarung verankerte „Zukunftsorientierte Konzept für Qualifizierung und Beschäftigungsförderung“ ist seinem Anspruch auch in diesem Punkt bis heute nicht gerecht geworden. Von daher ist der alte und neue Bremer Senat nun in der Pflicht zu erklären, mit welchen konkreten Schritten er die Teilhabe und Selbstbestimmung aller Bremerinnen und Bremer endlich umsetzen will. Ein wesentlicher Gradmesser dafür wird sein, wie diese Regierung die Betriebe in die Pflicht nimmt, sich ihrer Verantwortung zu stellen.“

Im Gegensatz zu diesem rot-grünen Senat lassen wir Taten sprechen: Einer unserer Mitarbeiter im Bremer Abgeordnetenbüro ist Rollstuhlfahrer. Wir haben ihn eingestellt, ohne Lohnzuschüsse beantragt zu haben. Für uns zählt nämlich nicht die Behinderung, sondern nur die vielseitige Kompetenz unseres Mitarbeiters. In unseren Augen ist es diese Haltung gegenüber Menschen, die ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Wann endlich werden die rot-grüne Koalition in Bremen und die Bundesregierung ihre Verantwortung übernehmen und das Recht auf Inklusion umsetzen?“